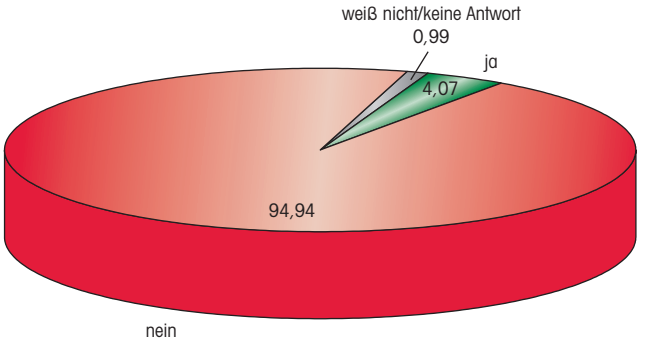
EU-Bürger lehnen Bargeld-Obergrenze ab

Die EU-Bürger lehnen eine EU-weite Obergrenze für Barzahlungen mit großer Mehrheit ab. Das hat eine zwischen März und Mai 2017 durchgeführte Umfrage im Auftrag der EU-Kommission gezeigt. Dabei ist die Ablehnungsquote in Ländern, in denen bereits eine Beschränkung existiert, und Ländern ohne Limit nahezu identisch.

Einverständnis von EU-Bürgern mit der Einführung von Beschränkungen für Barzahlungen auf EU-Ebene (Angaben in Prozent)

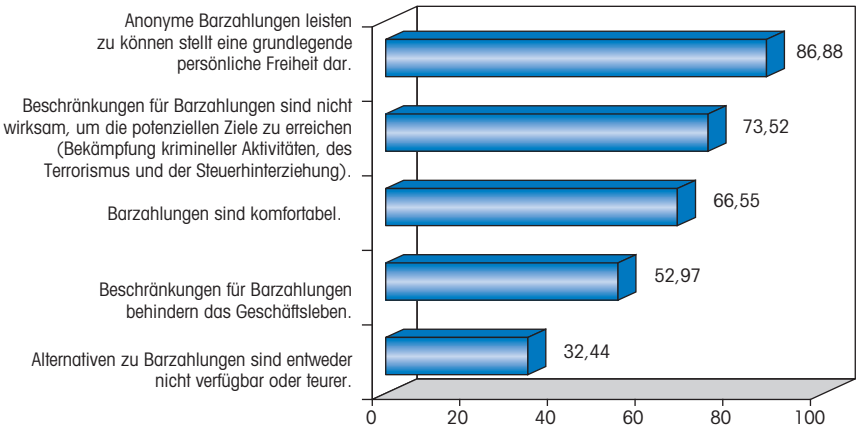


Quelle: EU-Survey; n = 30 317, Umfragezeitraum März bis Mai 2017

Anonyme Zahlungen gelten als persönliche Freiheit

Das Hauptargument gegen eine Bargeld-Obergrenze ist aus Sicht der EU-Bürger eine Einschränkung der persönlichen Freiheit in Form anonymer Zahlungen. Rund drei Viertel glauben nicht daran, dass sich dadurch Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen lassen. Nur knapp jeder Dritte sieht mangelnde Bargeld-Alternativen als Gegenargument.

Argumente gegen Beschränkungen für die Bargeldnutzung
(Mehrfachnennungen, Angaben in Prozent)

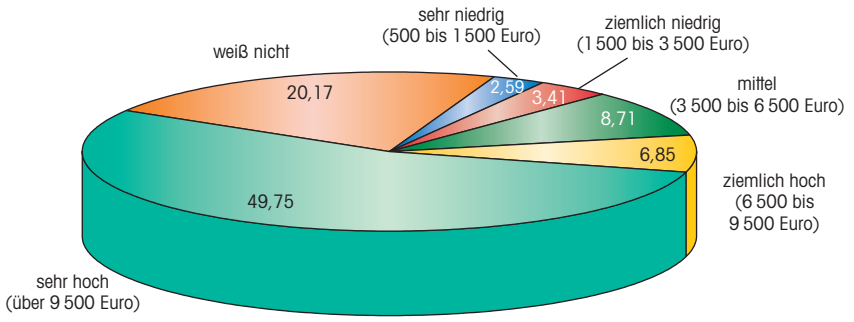


Quelle: EU-Survey; n = 30 317, Umfragezeitraum März bis Mai 2017

Bargeld-Obergrenze so hoch wie möglich

Wenn es zu einer Bargeld-Obergrenze in der EU kommen sollte, dann plädieren drei Viertel der Befragten für eine identische Grenze in allen Mitgliedsstaaten, knapp jeder Fünfte möchte länderspezifische Besonderheiten berücksichtigt sehen. Die Hälfte der Befragten wünscht sich ein möglichst hohes Limit. Immerhin jeder Fünfte hat zur idealen Höhe keine Meinung.

Wie hoch sollte eine Obergrenze sein, wenn Beschränkungen für Barzahlungen auf EU-Ebene eingeführt würden? (Angaben in Prozent)



Quelle: EU-Survey; n = 30 317, Umfragezeitraum März bis Mai 2017

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH